

Studium und Praxis

Europäisches Gesellschaftsrecht

Einführung für Studium und Praxis

von

Prof. Dr. Mathias Habersack, Prof. Dr. Dirk A. Verse

Geboren 1960; Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtsvergleichung an der
Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

4. Auflage

Europäisches Gesellschaftsrecht – Habersack / Verse

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Europäisches und Internationales Gesellschaftsrecht



Verlag C.H. Beck München 2011

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 60883 4



MATHIAS HABERSACK

DIRK A. VERSE

EUROPÄISCHES GESELLSCHAFTSRECHT

beck-shop.de

beck-shop.de

Europäisches Gesellschaftsrecht

Einführung für Studium und Praxis

von

Dr. Mathias Habersack

o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

und

Dr. Dirk A. Verse

M.Jur. (Oxford), o. Professor an der
Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

4. Auflage des von Prof. Dr. Mathias Habersack begründeten und
von der 1. bis 3. Auflage verfassten Lehrbuchs



Verlag C.H. Beck München 2011

beck-shop.de

Zitervorschlag:
Habersack/Verse, EuGesR, § ... Rn....

Verlag C.H. Beck im Internet:
beck.de

ISBN 978 3 406 60883 4

© 2011 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort

Seit Erscheinen der 3. Auflage vor nunmehr fünf Jahren hat sich das Europäische Gesellschaftsrecht wiederum rasant entwickelt. Weite Teile des Buches mussten deshalb erheblich umgestaltet, ja bisweilen neu geschrieben werden. Zu berücksichtigen waren zunächst die Aktionärsrechterichtlinie und die im Werden begriffene Verordnung über das Statut der Societas Privata Europaea (SPE), ferner die nicht wenigen Änderungen bestehender Richtlinien. Auch die Rechtsprechung des EuGH zur Niederlassungsfreiheit sowie zu „goldenen Aktien“ hat sich fortentwickelt; hervorgehoben sei die „Cartesio“-Entscheidung des EuGH, die einige bis dahin offene Fragen beantwortet, indes zugleich neue Fragen aufgeworfen und in der Folge eine erneut sehr lebhafte Diskussion im Schrifttum ausgelöst hat. Reformen des nationalen Rechts, darunter insbesondere das ARUG, haben ihrerseits – vielfach unbewusst – Fragen der unionsrechtskonformen Auslegung in neuem Licht erscheinen lassen. Schließlich galt es, die kaum mehr zu überblickende Literatur zum Europäischen Gesellschaftsrecht zu sichten, zu ordnen und im Text zu verarbeiten.

Die Komplexität der Materie und die Fülle des Materials haben es nahe gelegt, die Last zu teilen und einen Mitautor aufzunehmen; die Homogenität des Werkes konnte nicht zuletzt durch die enge Abstimmung zwischen den Autoren gewahrt werden. Um den Umfang des Werkes in einem noch akzeptablen Rahmen zu halten, musste auf den Abdruck der Texte zur EWIV verzichtet werden.

Die Neuauflage befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand von Mai 2011; einzelne neuere Entwicklungen konnten noch bis Anfang Juli 2011 berücksichtigt werden.

München/Osnabrück, im Juli 2011

Mathias Habersack, Dirk A. Verse



Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Das Gesellschaftsrecht ist wie kaum ein anderer Bereich des Privatrechts durch europäisches Sekundärrecht beeinflußt. Neben der Verordnung über die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung sind es im wesentlichen neun Richtlinien, die zur Europäisierung des Gesellschaftsrechts beigetragen haben. Inhaltlich betreffen diese Richtlinien nahezu sämtliche Bereiche des Gesellschaftsrechts, ferner das allgemeine Handels- und Bilanzrecht. Bei der Arbeit mit Gesetzesammlungen, Lehrbüchern und Kommentaren zum nationalen Recht bleiben die Vorgaben des europäischen Rechts freilich zumeist verborgen. Dies muß schon deshalb verwundern, weil den Richtlinien im Rahmen der Auslegung des nationalen Rechts große Bedeutung zukommt, ein Verzicht auf die Heranziehung des europäischen Sekundärrechts, der entsprechenden Materialien und der einschlägigen Entscheidungen insbesondere des EuGH deshalb gleichbedeutend mit dem Verzicht auf ein wichtiges Hilfsmittel auf der Suche nach dem „richtigen“ Recht ist.

Das vorliegende Buch will diese Lücke schließen. Es wendet sich an den Studierenden und an den Praktiker des Gesellschaftsrechts gleichermaßen. In seinem ersten Teil führt es in die EG-vertraglichen Grundlagen der Angleichung und Vereinheitlichung des Gesellschaftsrechts ein. Der zweite Teil ist den verabschiedeten Richtlinien und der unmittelbar vor der Verabschiedung stehenden Takeover-Richtlinie gewidmet. Er will den Leser mit dem wesentlichen Inhalt und der Systematik dieser Richtlinien vertraut machen und den von ihnen ausgehenden Einfluß auf das deutsche Handels- und Gesellschaftsrecht im einzelnen darlegen. Zu diesem Zweck werden auch die Umsetzungsakte des deutschen Gesetzgebers und etwaige Umsetzungsdefizite aufgezeigt. Gegenstand des dritten Teils ist im wesentlichen die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung als die bislang einzige supranationale Rechtsform; darüber hinaus wird die noch nicht eingeführte Europäische Aktiengesellschaft in ihren Grundzügen dargestellt. Das Buch will schließlich den Zugang zu den Vorschriften des Europäischen Gesellschaftsrechts erleichtern. Es gibt deshalb den Text der bislang verabschiedeten Richtlinien und der EWIV-Verordnung wieder und erfüllt somit zugleich die Aufgabe einer Textsammlung.

Regensburg, im November 1998

Mathias Habersack

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VI
Inhaltsübersicht	VII
Verzeichnis der abgedruckten Texte zum Europäischen Gesellschaftsrecht	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

Einführung

<i>§ 1 Gegenstand und Anliegen des Buches</i>	1
<i>§ 2 Gang der Darstellung</i>	5

Erster Teil. Grundlagen

<i>§ 3 Primärrechtliche Grundlagen des Europäischen Gesellschaftsrechts</i>	7
<i>§ 4 Stand und Perspektiven des Europäischen Gesellschaftsrechts</i>	61

Zweiter Teil. Die gesellschaftsrechtlichen Richtlinien

<i>§ 5 Handelsrechtliche Publizität</i>	91
<i>§ 6 Das Kapital der Aktiengesellschaft</i>	137
<i>§ 7 Aktionärsrechte</i>	209
<i>§ 8 Verschmelzung und Spaltung von Gesellschaften</i>	236
<i>§ 9 Die Rechnungslegung der Gesellschaften</i>	310
<i>§ 10 Die Einpersonen-Gesellschaft</i>	350
<i>§ 11 Übernahmeangebote</i>	365

§ 12 <i>Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung</i>	407
§ 13 <i>Die Europäische Gesellschaft (SE)</i>	424
§ 14 <i>Die Europäische Genossenschaft (SCE)</i>	511
§ 15 <i>Die Europäische Privatgesellschaft (SPE)</i>	518
Sachverzeichnis	525

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VI
Inhaltsübersicht	VII
Verzeichnis der abgedruckten Texte zum Europäischen Gesellschaftsrecht	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

Einführung

§ 1 Gegenstand und Anliegen des Buches	1
I. Gegenstand	1
II. Anliegen	4
§ 2 Gang der Darstellung	5

Erster Teil. Grundlagen

§ 3 Primärrechtliche Grundlagen des Europäischen Gesellschaftsrechts	7
I. Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit und die Rolle des Gesellschaftsrechts	7
1. Die Niederlassungsfreiheit	9
a) Ausprägungen und Inhalt der Niederlassungsfreiheit im Überblick	9
b) Die Niederlassungsfreiheit als Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	10
aa) Der Grundsatz	10
bb) Die „Keck“-Rechtsprechung des EuGH	12
cc) Die Grundfreiheiten und das Handeln Privater	14
c) Mobilität der Gesellschaften innerhalb der Union	16
aa) Grundlagen und Stand der EuGH-Rechtsprechung vor „Centros“	16
bb) Von „Centros“ bis „Inspire Art“ und „Sevic“	20
cc) „Cartesio“	24
dd) Konzeptioneller Ansatz und Folgen der EuGH-Rechtsprechung	27
ee) Anwendbarkeit nationaler Schutzworschriften auf EU-Auslandsgesellschaften?	30
ff) Perspektiven	35
2. Die Kapitalverkehrsfreiheit	35
a) Inhalt der Kapitalverkehrsfreiheit im Überblick	35
b) Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit	37
c) Kapitalverkehrsfreiheit und „goldene Aktien“	38
3. Intensivierung der Rechtsangleichung oder Wettbewerb der Gesetzgeber?	41

II.	Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung und seine Ausprägungen auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts	43
1.	Das Prinzip	43
2.	Grundlagen der Harmonisierung des Gesellschaftsrechts	43
a)	Art. 50 Abs. 2 lit. g AEUV	43
b)	Art. 114, 352 AEUV	45
c)	Art. 292 AEUV	46
III.	Sekundärrechtliche Quellen des Europäischen Gesellschaftsrechts im Allgemeinen	46
1.	Die Richtlinie	47
a)	Grundlagen	47
b)	Maßnahmen gegen das Auseinanderdriften des angeglichenen Rechts	48
c)	Richtlinie und nationales Recht	49
aa)	Keine unmittelbare Wirkung der Richtlinie im Horizontalverhältnis ..	49
bb)	Richtlinienkonforme Auslegung des angeglichenen Rechts	50
cc)	Die Auslegung der Richtlinie	53
dd)	Die überschießende Umsetzung von Richtlinien	55
ee)	Vorwirkung der Richtlinie	57
d)	Richtlinie und strengeres nationales Recht	58
2.	Die Verordnung	59
a)	Rechtsnatur und -wirkungen	59
b)	Regelungsgegenstand	60
3.	Die Empfehlung	60
§4	Stand und Perspektiven des Europäischen Gesellschaftsrechts	61
I.	Angleichung des Gesellschaftsrechts	62
1.	Überblick	62
2.	Ursprüngliches Harmonisierungskonzept	65
3.	Gescheiterte Angleichungsvorhaben	68
a)	Organisationsverfassung der AG	68
aa)	Mitbestimmung	68
bb)	Leitungsstruktur der AG	69
cc)	Aufgabe des umfassenden Angleichungsvorhabens	70
b)	Konzernrecht	70
4.	Der Aktionsplan von 2003 und seine Folgen	72
a)	Kernbereichs- statt Vollharmonisierung	72
b)	Stand der Umsetzung des Aktionsplans	73
aa)	Corporate Governance	74
bb)	Grenzüberschreitende Mobilität (Verschmelzung)	76
cc)	Überarbeitung bestehender Richtlinien	77
5.	Perspektiven	78
a)	Corporate Governance	78
b)	Grenzüberschreitende Mobilität (Sitzverlegung)	81
c)	Überarbeitung bestehender Richtlinien	83
d)	Konzernrecht	85
II.	Vereinheitlichung des Gesellschaftsrechts	86
1.	Grundlagen	86
2.	Überblick und Perspektiven	87
III.	Ausblick: Harmonisierung durch Modellgesetze	89

§5 Handelsrechtliche Publizität	91
I. Die Publizitätsrichtlinie	91
1. Grundlagen	92
2. Höchst- oder Mindestregelung?	94
3. Umsetzung in das deutsche Recht	95
4. Anwendungsbereich	96
5. Offenlegung	96
a) Publizitätsmittel	97
b) Publizitätsgegenstände	98
c) Publizitätswirkungen	101
d) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?	103
6. Gültigkeit der von der Gesellschaft eingegangenen Verpflichtungen	104
a) Handeln im Namen der werdenden juristischen Person	105
b) Fehlerhafte Bestellung des Organwalters	106
c) Grundsatz der unbeschränkten und unbeschränkbaren Vertretungsmacht	107
d) Einzel- und Gesamtvertretungsmacht	111
7. Nichtigkeit der Gesellschaft	112
II. Die Zweigniederlassungsrichtlinie	114
1. Grundlagen	115
2. Umsetzung in das deutsche Recht	116
3. Höchst- oder Mindestregelung?	117
4. Anwendungsbereich	117
5. Der Begriff der Zweigniederlassung	118
6. Zweigniederlassungen von Gesellschaften aus anderen Mitgliedstaaten	119
7. Zweigniederlassungen von Gesellschaften aus Drittstaaten	121
8. Adressaten der Offenlegungspflicht, Sanktionen	121
III. Text der Richtlinien	122
1. Publizitätsrichtlinie	122
2. Zweigniederlassungsrichtlinie	131
§6 Das Kapital der Aktiengesellschaft	137
I. Grundlagen	139
1. Entwicklung	139
2. Anwendungsbereich	140
3. Inhalt der Richtlinie im Überblick	141
4. Höchst- oder Mindestregelung?	141
5. Umsetzung in das deutsche Recht	142
II. Die Vorschriften der Art. 1 bis 5	143
1. Mindestangaben über die Gesellschaft	143
2. Haftung der Gesellschaft bei einzelstaatlichem Genehmigungsvorbehalt	145
3. Absinken der Zahl der Aktionäre	146
III. Der Grundsatz des festen Kapitals	146
1. Funktion	146
2. Rechtspolitische Diskussion und Perspektiven	147
3. Zerlegung in Aktien	150
IV. Die Aufbringung des Kapitals	151
1. Einlageverpflichtung des Aktionärs	151
a) Allgemeines	151
b) Fälligkeit, Mindesteinzahlungserfordernis	151

2.	Gegenstand der Einlage	153
	a) Bar- und Sacheinlagen	153
	b) Nachgründung	155
	c) Sachübernahmen und verdeckte Sacheinlagen	156
V.	Die Erhaltung des Kapitals	159
1.	Ausschüttungen an Aktionäre	159
	a) Die Vorgaben der Art. 15 und 16	159
	b) Weitergehendes nationales Recht	161
	c) Umsetzungsdefizite?	162
2.	Einberufungs- und Informationspflicht bei schweren Verlusten	165
	a) Die Vorgaben des Art. 17	165
	b) Richtlinienkonforme Auslegung des § 92 Abs. 1 AktG	166
3.	Eigene Aktien	167
	a) Grundlagen	167
	b) Zeichnung eigener Aktien	168
	c) Erwerb eigener Aktien	169
4.	Finanzielle Unterstützung	171
VI.	Kapitalmaßnahmen	174
1.	Überblick	174
2.	Kapitalerhöhung	174
	a) Zuständigkeit der Hauptversammlung	174
	b) Publizität	179
	c) Die Aufbringung des neuen Kapitals	179
	d) Bezugsrecht der Aktionäre	180
	aa) Funktion und Reichweite	180
	bb) Barkapitalerhöhung	181
	cc) Sachkapitalerhöhung	183
3.	Kapitalherabsetzung	184
VII.	Gleichbehandlungsgrundsatz	185
1.	Vorgaben der Kapital-, Transparenz- und Aktionärsrechterichtlinie	185
2.	Umsetzung in das deutsche Recht	187
VIII.	Text der Kapitalrichtlinie	188
§ 7	Aktionärsrechte	209
I.	Grundlagen	210
1.	Überblick	210
2.	Anwendungsbereich	211
3.	Mindestregelung	211
4.	Gleichbehandlungsgrundsatz	211
5.	Umsetzung in das deutsche Recht	212
II.	Einberufung der Hauptversammlung	212
1.	Frist, Form und Inhalt der Einberufung	212
	a) Einberufungsfrist	212
	b) Form der Einberufung	213
	c) Inhalt der Einberufung	214
2.	Ergänzungsanträge und Beschlussvorschläge von Aktionären	214
III.	Teilnahme an der Hauptversammlung	215
1.	Teilnahmevoraussetzungen	216
2.	Fernteilnahme	216
	a) Teilnahme auf elektronischem Wege	216
	b) Abstimmung per Brief vor der Hauptversammlung	218
3.	Auskunftsrecht	218

	XIII
4. Unmittelbare und mittelbare Stellvertretung	220
a) Materielle Voraussetzungen der Bevollmächtigung	220
b) Form der Bevollmächtigung	222
c) Mittelbare Stellvertretung	223
5. Abstimmungsergebnisse	224
IV. Text der Aktionärsrechterichtlinie	225
 § 8 Verschmelzung und Spaltung von Gesellschaften	236
I. Die Verschmelzungsrichtlinie	236
1. Grundlagen	236
2. Umsetzung in das deutsche Recht	238
3. Betroffene Gesellschaften	239
4. Innerstaatliche Verschmelzung	240
5. Die erfassten Verschmelzungsvorgänge und ihre Rechtsfolgen	240
a) Verschmelzung durch Aufnahme und Verschmelzung durch Neugründung	240
b) Verschmelzung im Konzern	241
c) Der Verschmelzung gleichgestellte Vorgänge	243
d) Die Rechtsfolgen der Verschmelzung	243
e) Das Schutzbedürfnis auf Seiten der Gläubiger und der Aktionäre	244
6. Der Schutz der Aktionäre	245
a) Vorgaben der Richtlinie	245
aa) Überblick	245
bb) Pflichten der Organwalter und Prüfer	245
cc) Informations- und Beteiligungsrecht der Aktionäre	246
dd) Haftung der Organwalter und der Berichtsprüfer	246
ee) Gerichtliche Kontrolle, Wirksamwerden und Offenlegung der Verschmelzung	247
b) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?	248
7. Der Schutz der Gläubiger	249
8. Fehlerhafte Verschmelzung	250
II. Die Spaltungsrichtlinie	251
1. Grundlagen	251
2. Umsetzung in das deutsche Recht	252
3. Die erfassten Spaltungsvorgänge und ihre Rechtsfolgen	253
a) Spaltung und Verschmelzung	253
b) Spaltung zur Aufnahme und Spaltung zur Neugründung	253
aa) Überblick	253
bb) Spaltung durch Übernahme	254
cc) Spaltung durch Gründung neuer Gesellschaften	254
dd) Rechtsfolgen	254
(1.) Übergang des gesamten Vermögens	254
(2.) Aktientausch	256
(3.) Erlöschen der Gesellschaft	256
c) Abspaltung	257
d) Kein abschließender Charakter der 6. Richtlinie	257
e) Der Schutz der Aktionäre	258
aa) Die Vorgaben der Richtlinie	258
bb) Umsetzung in das deutsche Recht	259
f) Der Schutz der Gläubiger	259
aa) Die Vorgaben der Richtlinie	259
bb) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?	260
g) Fehlerhafte Spaltung	262

III.	Die Richtlinie über die grenzüberschreitende Verschmelzung	262
1.	Grundlagen	263
2.	Umsetzung in das deutsche Recht	265
3.	Anwendungsbereich	266
a)	Persönlicher Anwendungsbereich	266
b)	Sachlicher Anwendungsbereich	267
c)	Verhältnis zu Art. 49, 54 AEUV	268
4.	Vorrangige Geltung des nationalen Rechts	269
5.	Verschmelzungsverfahren und -folgen	270
a)	Plan, Bericht und Prüfung	270
b)	Beschlussfassung	270
c)	Rechtmäßigkeitskontrolle	271
d)	Wirksamwerden, Eintragung und Rechtsfolgen	271
6.	Mitbestimmung	272
IV.	Text der Richtlinien	274
1.	Verschmelzungsrichtlinie	274
2.	Spaltungsrichtlinie	288
3.	Richtlinie über die grenzüberschreitende Verschmelzung	298
§ 9	Die Rechnungslegung der Gesellschaften	310
I.	Einführung	310
1.	Zweck und Konzeption des europäischen Bilanzrechts	310
2.	Bestand und Entwicklung des europäischen Bilanzrechts im Überblick	312
II.	Die Jahresabschlussrichtlinie	315
1.	Grundlagen	317
2.	Umsetzung in das deutsche Recht	317
a)	Die Umsetzungsgesetzgebung im Überblick	317
b)	Einheitliche Auslegung der §§ 238 ff. HGB?	320
c)	Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?	321
3.	Größenspezifische Rechnungslegung	322
4.	Die Bestandteile der Rechnungslegung	323
a)	Jahresabschluss	323
aa)	Bilanz	323
bb)	Gewinn- und Verlustrechnung	324
cc)	Anhang	325
b)	Lagebericht	325
5.	Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und ihr Verhältnis zum Einblicksgebot	327
a)	Die einzelnen Grundsätze	327
b)	True and fair view als vorrangiges Ziel der Rechnungslegung	328
c)	Folgerungen für das deutsche Recht	330
6.	Prüfung und Offenlegung	331
III.	Die Richtlinie über den konsolidierten Abschluss	332
1.	Grundlagen	333
2.	Umsetzung in das deutsche Recht	334
3.	Anwendungsbereich	335
a)	Beherrschungsmöglichkeit	335
b)	Sitzunabhängige Konsolidierung	336
c)	Die erfassten Rechtsformen	336
d)	Größenspezifische Rechnungslegung	337
e)	Befreende Konzernabschlüsse	337
4.	Konsolidierungskreis	337

5. Art und Weise der Konzernrechnungslegung	338
a) Bestandteile der Konzernrechnungslegung	338
b) True and Fair View	338
c) Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung	339
d) Der Grundsatz der Vollkonsolidierung	339
aa) Bedeutung	339
bb) Einzelne Ausprägungen	339
cc) Ausnahmen	340
e) Assoziierte Unternehmen	341
6. Prüfung und Offenlegung	342
IV. Die IAS-Verordnung	342
1. Grundlagen	342
2. Anwendungsbereich	344
3. Übernahme und Anwendung der IFRS	345
V. Die Abschlussprüfer-Richtlinie	346
1. Grundlagen	346
2. Umsetzung der 8. Richtlinie in das deutsche Recht	347
3. Die modernisierte Abschlussprüfer-Richtlinie	348
 § 10 Die Einpersonen-Gesellschaft	350
I. Grundlagen	350
1. Entwicklung	350
2. Wesentlicher Inhalt und Zweck der Richtlinie	351
3. Anwendungsbereich	352
4. Umsetzung in das deutsche Recht	352
II. Die Zulässigkeit der Einpersonen-Gesellschaft	353
1. Der Tatbestand und die Gründung der Einpersonen-Gesellschaft	353
2. Die Einschaltung eines Strohmanns	354
3. Das Einpersonen-Unternehmen mit beschränkter Haftung	354
4. Die Zugangsbeschränkungen des Art. 2 Abs. 2	355
a) Reichweite	355
b) Abschließender Charakter?	355
III. Die Schutzbestimmungen der Art. 3 bis 5	357
1. Publicität	357
2. Beschlussfassung	358
3. In-sich-Geschäfte	359
IV. Text der Einpersonen-Gesellschaft-Richtlinie	360
 § 11 Übernahmeangebote	365
I. Entwicklung	367
1. Gescheiterte Anläufe	367
2. Kompromisslösung	369
3. Reformperspektiven	370
II. Grundlagen	371
1. Schutzzweck	371
2. Mindest- und Maximalharmonisierung	372
3. Anwendungsbereich	373
4. Umsetzung in das deutsche Recht	374
III. Der Ablauf von Übernahmeangeboten	374
1. Verfahrensgrundsätze	374
2. Aufsicht	376

IV.	Schutz der Minderheitsaktionäre durch das Pflichtangebot	377
1.	Konzeption und Voraussetzungen	377
2.	Ausgestaltung im Einzelnen	379
3.	Befreiung vom Pflichtangebot	381
4.	Sanktionen, Rechtsschutz der Aktionäre	382
V.	Verhinderungsverbot und Durchbrechungsregel	383
1.	Grundsatz	383
2.	Optionsrechte	384
3.	Umsetzung	385
VI.	Ausschluss von Minderheitsaktionären und Andienungsrecht	386
1.	Überblick	386
2.	Voraussetzungen und Rechtsfolgen	386
3.	Umsetzung	388
V.	Text der Übernahmerichtlinie	390

Dritter Teil. Supranationale Rechtsformen

§12	Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	407
I.	Grundlagen	407
1.	Rechtsgrundlagen	407
2.	Der supranationale Charakter der EWIV	409
3.	Die Funktion der EWIV	409
II.	Gründung und Rechtsnatur der EWIV	410
1.	Gründung	410
a)	Gründungsvertrag	410
b)	Offenlegung	411
c)	Mitglieder	411
d)	Zweck	412
2.	Rechtsnatur vor und nach Eintragung	414
III.	Die Organisationsverfassung der EWIV	415
1.	Notwendige Organe	415
2.	Die Willensbildung der EWIV	415
3.	Geschäftsführung und Vertretung	415
IV.	Veränderungen im Mitgliederbestand der EWIV	416
1.	Übertragung	416
2.	Ausscheiden eines Mitglieds	417
3.	Aufnahme neuer Mitglieder	418
V.	Die Haftung der Mitglieder	418
1.	Der Grundsatz der unbeschränkten Haftung	418
2.	Die Ausgestaltung der Haftung	418
a)	Unbeschränkte Außenhaftung	418
b)	Akzessorietät	419
c)	Subsidiarität	419
d)	Inhalt der Haftung	419
3.	Die Haftung des eintretenden Mitglieds	420
4.	Die Haftung des ausgeschiedenen Mitglieds	421
5.	Die Rechtslage nach Beendigung der EWIV	421
VI.	Auflösung und Abwicklung der EWIV	422
1.	Auflösung	422
2.	Abwicklung	422
3.	Insolvenz	423

§ 13 Die Europäische Gesellschaft (SE)	424
I. Grundlagen	426
1. Entwicklung	426
2. Funktionen, Verbreitung und Perspektiven der SE	429
3. Hierarchie der Rechtsquellen	432
II. Rechtsnatur, Sitz und Kapital der SE	434
1. Rechtsnatur; Gleichbehandlung mit AG	434
2. Sitz und Sitzverlegung	435
3. Kapital	436
III. Gründung der SE	436
1. Allgemeine Zugangsbeschränkungen	436
2. Die einzelnen Gründungsformen	438
a) Verschmelzung	438
b) Holding-Gründung	438
c) Tochter-SE	439
d) Formwechsel	440
e) Sekundärgründung	440
3. Das Verfahren der Gründung; Publizität	441
IV. Die Organisationsverfassung der SE	441
1. Überblick	441
2. Leitung und Überwachung	442
a) Allgemeine Vorschriften	442
b) Dualistisches System	443
c) Monistisches System	444
d) Mitbestimmung der Arbeitnehmer	446
aa) Überblick	446
bb) Vereinbarte Mitbestimmung	447
cc) Auffangregelung	449
3. Hauptversammlung	452
V. Konzernrecht	453
VI. Texte zur SE	454
1. SE-Verordnung	454
2. SE-Ergänzungsrichtlinie	480
3. SE-Ausführungsgesetz	492
4. §§ 34ff. SEBG	508
§ 14 Die Europäische Genossenschaft (SCE)	511
I. Grundlagen	511
1. Entwicklung	511
2. Zweck der SCE	512
3. Rechtsquellen	512
II. Rechtsnatur, Kapital und Sitz der SCE	513
1. Rechtsnatur und Kapital	513
2. Sitz und Sitzverlegung	514
III. Gründung der SCE	514
1. Mehrstaatlichkeitserfordernis	514
2. Die einzelnen Gründungsformen	515
3. Verfahren der Gründung; Publizität	515
IV. Die Organisationsverfassung der SCE	516
1. Überblick	516
2. Leitung und Überwachung	516
a) Gemeinsame Vorschriften für das monistische und das dualistische System	516

b)	Beteiligung der Arbeitnehmer	516
c)	Monistisches und dualistisches System	517
d)	Die Generalversammlung	517
§ 15	Die Europäische Privatgesellschaft (SPE)	518
I.	Grundlagen	518
1.	Stand und Perspektiven	518
2.	Rechtsquellen	519
II.	Rechtsnatur, Kapital und Sitz der SPE	520
1.	Rechtsnatur	520
2.	Kapital	520
3.	Sitz und Sitzverlegung	521
III.	Gründung der SPE	522
1.	Gründungsformen und –verfahren	522
2.	Mehrstaatlichkeitserfordernis?	523
IV.	Mitbestimmung der Arbeitnehmer	523
	Sachverzeichnis	525